

19. Oktober

7 / 2017

[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)



+++ Festliche Eröffnung des neuen Plenarsaals +++ Gute Löhne in M-V +++ Erste Lesung Doppelhaushalt 2018/2019 +++  
Keine Hetze im Parlament +++ Carsharing fördern +++ Metropolregion Hamburg +++ Geschichtswettbewerb des  
Bundespräsidenten: "Gott und die Welt - Religion macht Geschichte" +++



Titelfoto (Uwe Sinnecker): Die Orangerie des Schweriner Schlosses

3	Gastkolumne	Frank Pfaff (dpa) kommentiert die Fertigstellung des neuen Plenarsaals.
4–23	AUS DEM PLENUM	
4–5	Aktuelle Stunde	„Innovative Unternehmen und gute Löhne für ein starkes M-V“
6–11	Berichte	Erste Lesung Doppelhaushalt 2018/19 Metropolregionen unterstützen – Ausdehnung von Tarifgebieten Carsharing auch in M-V fördern Kein Platz für menschenverachtende Hetze im Parlament
13	Weitere Beschlüsse	Modernisierungsgesetz zur Schlösser-, Gärten- und Museumsverwaltung Abwahl und Neuwahl eines Schriftführers Zweite Lesungen Verschleierungsverbotsgesetz und Änderung Sicherheits- und Ordnungsgesetz („finaler Rettungsschuss“) Erste Lesung Studienakkreditierungs-Staatsvertrag Gemeinsames Krebsregister der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen
14	Gesetzgebung	Übersicht der laufenden und abgeschlossenen Gesetzgebung
15–17	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Wirtschaftsausschuss:</i> Unterrichtungsfahrt MV Werften Wismar Nicht öffentliche Anhörung Psychischkrankengesetz <i>Agrarausschuss:</i> Preisträger Umweltpreis <i>Rechtsausschuss:</i> Prüfung von Einsprüchen zur Landtagswahl 2016 <i>Petitionsausschuss:</i> Bilanz nach einem Jahr Arbeit <i>Energieausschuss:</i> Expertengespräch Solarenergie
18	BUNDESTAG	Mitglieder des Bundestages aus Mecklenburg-Vorpommern
19–23	PANORAMA	Festliche Eröffnung des neuen Plenarsaals Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten: „Gott und die Welt – Religion macht Geschichte“ – Preisverleihung Mecklenburg-Vorpommern
24	Chronik	

## IMPRESSUM

Herausgeber:

### Landtag Mecklenburg-Vorpommern

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

### Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,

Claudia Richter

**Layout:** Uwe Sinnecker,

www.uwe-sinnecker.de

**Druck:** produktionsbüro TINUS

Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Redaktionsschluss 6.10.2017



## Neuer Saal, neue Hoffnung



Foto: privat

Frank Pfaff ist seit vielen Jahren für die Nachrichtenagentur dpa als landespolitischer Sprecher und Leiter des Büros in Schwerin tätig.

■ Als die langjährige Abgeordnete und frühere Finanzministerin Sigrig Keler mit flottem Schritt dem Landtag zustrebte, um an der feierlichen Eröffnung des neuen Plenarsaals teilzunehmen, tat sie dies offenkundig mit gemischten Gefühlen. Auch ihr waren die gravierenden Unzulänglichkeiten des alten Sitzungsaals aus eigenem Erleben bekannt. Doch als konsequente Hüterin der Landeskasse hatte sie sich lange dem Saal-Neubau im Schweriner Schloss widersetzt. „Mit dem Geld hätte man auch andere Sachen machen können“, ist sie noch heute überzeugt. Und hat damit wohl recht. Längst sind nicht alle Schulen saniert, im ländlichen Nahverkehr klaffen Lücken, in Kitas fehlen Betreuungsplätze. Leicht ließe sich die Liste mit Beispielen weiterführen, wo zusätzliches Geld hilfreich wäre – und nötig.

stimmten dafür und haben mit Blick auf das Resultat damit gut und richtig gehandelt. Der scheidende Bundestagspräsident Norbert Lammert brachte es als Festredner auf den Punkt: „Hier ist – wie ich persönlich jedenfalls empfinde – mit einem sehr bescheidenen Aufwand ein sehr beachtliches Ergebnis erzielt worden. Und die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes haben nun für ihre Volksvertreter endlich eine angemessene zentrale Versammlungsstätte“, sagte er, nicht ohne zuvor daran zu erinnern, dass der alte Saal „die bescheidenste Unterkunft“ für ein ernst zu nehmendes Parlament gewesen sei, die er je gesehen habe.

Der neue, lichtdurchflutete Saal mit einer Sitzanordnung im Halbrund bringt aber nicht nur bessere Arbeitsbedingungen für die Abgeordneten. Besucher, die im alten Plenarsaal ihre

schon mit Freude bemerkte. Ja, auch für uns, die wir mit unseren Berichten aus dem Landtag Mittler sind zwischen Volk und Volksvertretern, ist das Arbeiten besser geworden.

Es mag Zufall gewesen sein, symbolträchtig war es allemal, dass der neue Plenarsaal nur wenige Tage nach der Bundestagswahl eröffnet wurde, deren Ergebnis weithin als Ausdruck schwindenden Vertrauens in Institutionen und Abläufe der Demokratie gewertet wird. Der Umzug des Landtages in den neuen Saal, der Transparenz und Offenheit ausstrahlt, sollte von den Parlamentariern als Chance begriffen werden, überkommene Rituale zurückzulassen, wenig fruchtbare Schaufensterdebatten durch zielorientierten Meinungsstreit zu ersetzen und sich damit auf ihre eigentliche Aufgabe zu besinnen, die Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider in die Worte fasste: „Die Bürgerinnen und Bürger von Mecklenburg-Vorpommern haben uns hierher geschickt, um ihre Interessen zu vertreten. Sie haben jedem Einzelnen einen Arbeitsauftrag gegeben, nämlich den, das Beste für dieses Land zu tun.“ Einer ihrer Vorgänger im Amt, Rainer Prachtl, mahnte die Abgeordneten, ihre Entscheidungen stets am Gemeinwohl zu orientieren und nicht das „überzogene Anspruchsdenken organisierter Kreise“ zu erfüllen. Wenn dies mit den Beschlüssen im neuen Plenarsaal erreicht wird, könnte wohl auch Sigrig Keler vollends ihren Frieden mit der Investition machen – und vor allem das Ansehen der Demokratie gewinnen.

Frank Pfaff

„ Der neue Saal sollte als Chance begriffen werden. “

Doch wird diese Diskussion nicht verstummen, solange begrenzte finanzielle Mittel schier unbegrenzten Aufgaben und Wünschen gegenüberstehen. So wie in jeder Familie, will auch im Landtag gut abgewogen sein, wofür Geld ausgegeben wird und wofür nicht. Die Parlamentarier hatten – wohl auch aus Sorge vor öffentlicher Kritik – die Entscheidung zum Bau eines neuen Plenarsaals lange hinausgezögert. Sie

Interessenvertreter nur von hinten zu sehen bekamen und so stets auf Distanz blieben, können nun von den im Raum schwebenden Tribünen herab die Debatten viel direkter miterleben, Zwischenrufe verstehen und den Parlamentariern gewissermaßen genau auf die Finger schauen. Umstände, die auch der Berichterstattung aus dem Landtag sehr zugute kommen, wie der Kolumnist einer renommierten Landeszeitung

## 2.300 Euro brutto reichen nicht

Landtag debattiert in Aktueller Stunde über wirtschaftliche Innovationen und höhere Löhne

Fotos: Jens Büttner



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig



Jochen Schulte (SPD)



Thomas de Jesus Fernandes (AfD)

■ 2.300 Euro Bruttodurchschnittslohn – das ist zu wenig. Darin sind sich SPD und CDU mit der Opposition einig. Doch wohin führt der Weg, um daran etwas zu ändern? Dazu gingen die Meinungen in der ersten politischen Debatte im neuen Plenarsaal weit auseinander. Die SPD legte in der von ihr initiierten Debatte den Fokus auf Digitalisierung. Die CDU mahnte, kleine Unternehmen bei der Wirtschaftsförderung nicht zu benachteiligen. Die AfD forderte mehr wirtschaftliche Freiheit, DIE LINKE Taten statt großer Worte. Die Fraktion Bürger für Mecklenburg-Vorpommern (BMV) lenkte den Blick auf das Brutto-sozialprodukt. Und Ministerpräsidentin Manuela Schwesig versprach, bessere Anreize für tarifgebundene Arbeitsplätze zu schaffen.

Mecklenburg-Vorpommern habe sich in den vergangenen Jahren gut entwickelt, hob Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** hervor. Das dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der monatliche Durchschnittslohn hierzulande mit 2.300 Euro brutto immer noch 800 Euro unter dem Schnitt der westdeutschen Bundesländer liege. Das müsse sich ändern. Ziel sei, mehr tarifgebundene Arbeitsplätze zu schaffen. Höhere Löhne seien jedoch nichts, was die Po-

litik per Gesetz beschließen könne. „In unserem Land gibt es Tarifautonomie. Das ist gut so und soll auch so bleiben.“ Dort, wo Einflussmöglichkeiten bestünden, wolle die Landesregierung aber Anreize für höhere Löhne schaffen – zum Beispiel durch Änderungen im Vergabegesetz und bei den Richtlinien für Fördermittel. Erste Vorschläge dazu kündigte Schwesig für Anfang Dezember an. Darüber hinaus werde die Landesregierung weiter in die wirtschaftliche Entwicklung des Landes investieren, unter anderem mit einem 10-Millionen-Euro-Programm für Digitalisierung. „Eine starke Wirtschaft ist der beste Garant dafür, dass wir auch zu höheren Löhnen kommen.“

In der Digitalisierung sieht auch **Jochen Schulte** (SPD) eine der größten Chancen für innovative Unternehmen. „Sie ist eine Chance, neue Produkte, neue Arbeitsprozesse, neue Produktionsprozesse zu entwickeln“ und sich am Markt zu behaupten. Schnelle Internetverbindungen allein reichten dafür aber nicht. Maßgeblich sei am Ende die Frage: „Wie können wir Unternehmen dabei behilflich sein, auch wenn sie kleinteilig strukturiert sind, an die großen Endabnehmer zu kommen, die für sie im globalen Wettbewerb interessant sind?“ Er warb dafür, Ängste vor Globalisierung und

Digitalisierung abzubauen. „Mit Angst werden wir die Zukunft unseres Landes nicht gestalten.“ Ebenso wenig mit einer schwachen Einkommensstruktur. Diesem „grundlegenden Problem“ müsse sich die Politik nicht nur mit gesetzlichen Regelungen, sondern auch konstruktiven politischen Prozessen stellen. „Die Aufforderung, die meine Fraktion hat, ist die Aufforderung an Sie alle, dass wir dieses Thema völlig unabhängig, welche Lösungsansätze Sie präferieren, gemeinsam lösen und auf die Tagesordnung setzen.“

Innovative Unternehmen und gute Löhne seien natürlich eine gute Sache, sagte **Thomas de Jesus Fernandes** (AfD). Die SPD dürfe aber nicht vergessen, mit der Agenda 2010 selbst für viele prekäre Arbeitsverhältnisse gesorgt zu haben. Er bemängelte, dass die Staatsquote – also das Geld, das der Staat am Bruttoinlandsprodukt ausgibt –, viel zu hoch sei und Unternehmen die wirtschaftliche Freiheit fehle. „Der Mittelstand muss wieder frei vom Diktat des bürokratischen Amtsschimmels werden.“ Dass die Innovation in M-V „fast bei Null“ liege, habe zwei Gründe: Die Landesregierung investiere „viel Geld in falsche Projekte“, und „kaum jemand“ bilde Ingenieure, Informatiker und Naturwissenschaftler aus. „Tausen-



Wolfgang Waldmüller (CDU)



Henning Foerster (DIE LINKE)



Bernhard Wildt (BMV)

Fotos: Jens Büttner

de studierte Politikwissenschaftler oder Sozialpädagogen werden für die Ära der Digitalisierung keine Innovationen entwickeln.“ Um wirtschaftlich voranzukommen, müsse sich das Land daher auch darauf besinnen, was es gut könne: Tourismus, Gesundheitswirtschaft, Schiffbau und Teledienstleistungen. „Lassen Sie uns dort unsere Wettbewerbsvorteile ausbauen.“

**Wolfgang Waldmüller** (CDU) wies darauf hin, dass der wirtschaftliche Aufschwung im Land auch die Gehälter habe steigen lassen: Allein im vergangenen Jahr um 3,5 Prozent – und damit ein Prozent mehr als im Bundesdurchschnitt. „Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt setzt Arbeitgeber natürlich unter Handlungsdruck“, insbesondere da, wo Fachkräfte benötigt würden. Er warnte davor, Unternehmen gegeneinander auszuspielen und Neiddiskussionen zu schüren. Lohnspielräume variieren mit der Größe von Unternehmen und regionalen Gegebenheiten. Die Wirtschaftsförderung stärker auf Tarifbindung auszurichten, würde kleine und mittlere Unternehmen in strukturschwachen Regionen benachteiligen. „Wir dürfen sie für strukturelle Herausforderungen ihrer Region nicht bestrafen.“ Der Wunsch nach höheren Löhnen treibe natürlich auch

seine Fraktion um. Die Tarifautonomie setze den politisch vorgetragenen Wunschvorstellungen jedoch enge Grenzen. An der Stelle dürfe Politik keine falschen Versprechungen machen.

„Worte, nur Worte“ – beim Thema der Aktuellen Stunde falle ihm spontan dieser alte Popsong ein, sagte **Henning Foerster** (DIE LINKE). Das Ziel, die Tarifbindung zu stärken, hätten SPD und CDU auch schon im vergangenen Koalitionsvertrag verankert. „Das Ergebnis Ihres kraftvollen Engagements ist die weitere Erosion selbiger, konkret von 48 Prozent der Beschäftigten auf aktuell nur noch 42 Prozent.“ Auch das sei ein Grund, warum der Bruttodurchschnittslohn bei 2.306 Euro und damit 800 Euro unter Westniveau liege. „Viele Beschäftigte bekommen nicht mal den Durchschnittslohn.“ Es sei absurd, dass Unternehmen von Fördergeldern profitieren, aber Löhne zahlen, „die direkt in die Armut führen“. Er forderte, kleine Unternehmen besser bei der betrieblichen Gesundheitsvorsorge und dem digitalen Wandel zu unterstützen, die Mittel für die Verbundforschung auszuweiten und für Chancengleichheit bei Ausschreibungen zu sorgen. Derzeit seien kleine Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen oft „in den Hintern gekniffen“.

**Bernhard Wildt**, Vorsitzender der neuen Fraktion Bürger für Mecklenburg-Vorpommern (BMV), verband mit der Aktuellen Stunde eine klare Zielstellung: „Das Bruttosozialprodukt pro Einwohner muss wachsen.“ Nur so könnten auch höhere Löhne gezahlt werden. „Alles, was ausgezahlt werden soll, muss ja vorher erst einmal verdient und erarbeitet werden.“ Auf Grundlage fairer Regeln könnten freier Welthandel und Globalisierung einen wichtigen Beitrag dazu leisten und den Menschen im Land vielseitige Perspektiven ermöglichen. Voraussetzungen dafür seien unternehmerfreundliche Bedingungen sowie eine enge Zusammenarbeit mit den Universitäten und Hochschulen des Landes. „Die Regierung sollte prüfen, ob eine weitergehende Förderung von Kontakten, unter anderem auch zu Hochschulen in anderen Bundesländern, möglich ist.“



Die vollständige Debatte können Sie auf der Website des Landtages nachlesen (Parlamentsdokumente/ Plenarprotokolle) oder auf dem YouTube-Kanal anschauen.





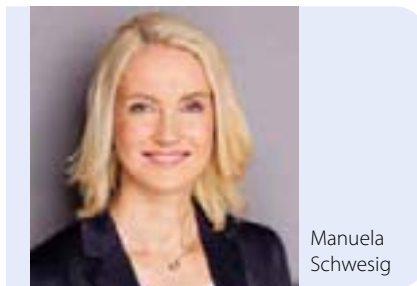
Foto: Jens Büttner

Der Landtag berät zurzeit das wichtigste Landesgesetz: den Haushaltsplan für 2018/2019.

## Haushalt klettert auf acht Milliarden

Landtag berät in Erster Lesung Doppelhaushalt 2018/2019

■ Mehr Geld für Kitas, Kommunen, Polizei, Wirtschaft und Infrastruktur – das sind die Eckpunkte, die die Landesregierung in ihrem Haushaltsentwurf für die kommenden beiden Jahre verankert hat. Die Gesamtausgaben klettern dabei erstmals über die Acht-Milliarden-Euro-Marke: Für das kommende Jahr sind 8,07 Milliarden Euro eingeplant, für 2019 mehr als 8,12 Milliarden Euro. Auf der Einnahmeseite rechnet die Regierung mit steigenden Steuererträgen. Für 2018 erwartet sie ein Plus von 232 Millionen Euro, im Jahr darauf noch einmal 53 Millionen Euro mehr. Neue Schulden soll es – wie schon in den Vorjahren – nicht geben. Nachdem Ministerpräsidentin Manuela Schwesig den Entwurf im September zur Ersten Lesung in den Landtag eingebracht hat, beraten die Abgeordneten den Regierungsentwurf für den Doppelhaushalt 2018/2019 nun in allen Ausschüssen. Im Dezember soll er beschlossen werden.



Manuela Schwesig

„Dieser Haushalt macht zwei Dinge deutlich: Wir setzen wichtige Schwerpunkte für eine gute Entwicklung des Landes. Und wir setzen den Kurs der soliden Finanzpolitik ohne Neuverschuldung fort“, hob Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** hervor. Solides Haushalten sei dabei kein Selbstzweck. Neben dem Streben nach finanziellen Spielräumen gehe es auch um Generationengerechtigkeit. „Unsere Aufgabe ist es, unseren Kindern und den nachfolgenden Generationen nicht einen Riesenberg an Schulden zu hinterlassen.“ Einen klaren Akzent setze der Finanzplan deshalb in der **Wirtschaft**. „2018 werden wir rund 1,2 Milliarden Euro investieren, 2019 knapp 1,15 Milliarden Euro. Dabei werden wir den Anteil der Investitionen aus eigener Kraft erhöhen.“ Der größte Teil der Investitionen fließe in die Wirtschaftsförderung. Für die modernste Form der Infrastruktur, den Breitbandausbau, stünden 415 Millionen Euro bereit. Breiten Raum räume die Landesregierung auch dem Thema **Bildung** ein.

„Wir haben die Ausgaben für Kitas im Vergleich zu 2006 mehr als verdoppelt: von 90 Millionen Euro auf 240 Millionen Euro in 2019“. Für mehr Lehrkräfte, weniger Unterrichtsausfall und den Ausbau von Ganztagschulen solle ebenfalls weiter investiert werden.

„Wir nehmen auch die Sorgen der Bevölkerung bei der **Inneren Sicherheit** ernst.“ Deshalb werde der Anteil der Polizisten „in der Fläche“ um 300 Kollegen aufgestockt. 150 von ihnen sollen neu eingestellt, die anderen vom Innen- in den Außendienst versetzt werden. Darüber hinaus werde das Land jährlich 21 Millionen in die technische Ausstattung der Polizei investieren, kündigte Schwesig an.

Nicht zuletzt verbessere der Haushalt auch die Finanzausstattung der **Kommunen**, so die Regierungschefin. „Konkret heißt das: Es gibt mehr Geld.“ Auch beim Ausreichen von Bundesmitteln halte die Regierung Wort. „Sie werden vollständig an Kreise, Städte und Gemeinden weitergeleitet.“

Nach Ansicht der AfD-Fraktion setzt die Landesregierung bei den geplanten Mehrausgaben falsche Schwerpunkte. „Die Zusatzausgaben insbesondere im Bereich Kita und Polizei reichen perspektivisch vorne und hinten nicht“, befand **Dirk Lerche**. Seine Fraktion werde in den Beratungen deshalb diverse Änderungen vorschlagen – unter anderem



Dirk  
Lerche

auch mehr Geld für Dorferneuerungen, die Förderung von Kleinstbetrieben und die Entwicklung von Vorpommern fordern. Das Geld dafür müsse an anderer Stelle gespart werden, sagte er, ohne jedoch konkret zu werden, wo.



Tilo  
Gundlack

„Es wird natürlich in allen Bereichen Beratungsbedarf geben“, sagte **Tilo Gundlack** (SPD). Wer mehr Geld ausgeben möchte, müsse aber auch klar benennen, wie das bezahlt werden solle. Am Grundsatz, keine neuen Schulden aufzunehmen, werde seine Fraktion nicht rütteln. Oberstes Ziel bei allen Investitionen bleibe, die schwarze Null zu sichern und obendrein Schulden zu tilgen. Er verwies darauf, dass der Haushaltsplan keine Geheimsache sei und auch von der Bevölkerung eingesehen werden könne. „Jeder kann sich die Dokumente im Informationssystem des Landtages herunterladen.“



Simone  
Oldenburg

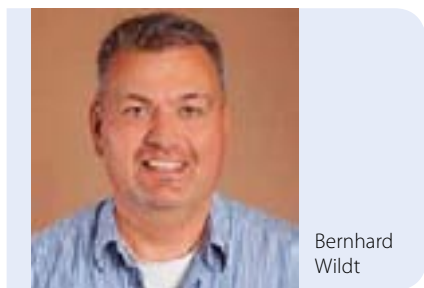
Für **Simone Oldenburg**, Fraktionschefin der Linken, bleibt der Haushaltsplan an vielen Stellen hinter den finanziellen Möglichkeiten zurück. „Noch nie war die Spardose des Landes so gut gefüllt.“

Derzeit stapelten sich darin 1,6 Milliarden Euro. Doch: „Statt zu klotzen wird gekleckert.“ Geiz sei jedoch nicht geil, sondern verhindere Fortschritt. Und der sei dringend nötig, etwa bei Löhnen, Bildungsausgaben, sozialem Wohnungsbau und der Bekämpfung von Kinderarmut. Sie warf Finanzminister Brodkorb vor, mit dem Sicherheitsabschlag von 180 Millionen Euro das Land künstlich arm zu rechnen. Dieser Abschlag sei übertrieben und überflüssig.



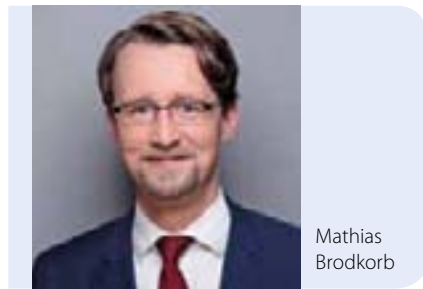
Vincent  
Kokert

„Wenn Sie eine große Kristallkugel haben, die uns voraussagt, wie die Konjunktur in den nächsten zehn Jahren aussieht, können wir gern so verfahren, wie Sie das sagen: Dann hauen wir mit den Füllhörnern das Geld einfach aus dem Fenster“, erwiderte CDU-Fraktionschef **Vincent Kokert**. Andernfalls sei Neuverschuldung – „und das ist ja das, was Sie immer propagieren“ – nicht der richtige Weg. Mit einem soliden Finanzplan auf Konjunkturkrisen vorbereitet zu sein, sei nicht mutlos. „Das ist vorausschauende Haushaltspolitik, und daran werden wir festhalten.“



Bernhard  
Wildt


**Bernhard Wildt**, Vorsitzender der Fraktion Bürger für Mecklenburg-Vorpommern (BMV), hält es für nachvollziehbar, dass die Landesregierung einen Großteil der Jahresüberschüsse zur Tilgung von Schulden einsetzen und dadurch Zinsen sparen wolle. Er frage sich jedoch, ob es nicht rentabler wäre, die Überschüsse der Wirtschaftsförderung zuzuführen. „Wenn man damit neue Un-



Mathias  
Brodkorb

ternehmen ansiedelt und Arbeitsplätze schafft, haben wir am Ende mehr davon als 2,5 Prozent gesparte Zinsen.“ Er kündigte an, in den Beratungen genau auf die Puffer zu achten. Insbesondere der Sicherheitsabschlag schein ihm „sehr reichlich bemessen“.

Zu dem, was sich das Land heute leisten könne, hätten über Jahre und Koalitionen drei Fraktionen einen Beitrag geleistet, erklärte Finanzminister **Mathias Brodkorb**. „Umso erstaunter bin ich, wie sich die Linksfraktion von diesem Kurs der Vernunft verabschiedet hat.“ Deren Wünsche überstiegen die Summe, die im Haushalt zur Vorsorge bereitstehe, bei Weitem. Das Geld, das das Land zurücklege, diene nur einem Zweck: Konjunkturdellen zu überbrücken. „Diese Rücklage muss hoch sein, um in schwierigen Zeiten den großen Tanker Mecklenburg-Vorpommern auf offener See weiter auf richtigem Kurs zu halten.“

In der Debatte ergriffen  noch weitere Redner das Wort. Die Reden im vollen Wortlaut können Sie sich auf dem YouTube-Kanal des Landtages ansehen oder als Wortprotokoll in der Parlamentsdatenbank unter [www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de) nachlesen.

- Gesetzentwürfe der Landesregierung:*
- Entwurf Haushaltsgesetz 2018/2019*
- Drucksache 7/900*
- Entwurf Haushaltsbegleitgesetz 2018/2019*
- Drucksache 7/899*
- Unterrichtung Mittelfristige*
- Finanzplanung Drucksache 7/898*

**Geplante Einnahmen und Ausgaben (Mio. Euro)**

	2018	2019
Einnahmen	8.069,6	8.124,9
Ausgaben	8.069,6	8.124,9
Kredite	0	0

## Nächster Halt: HVV?

Land prüft Anbindung Westmecklenburgs an den Hamburger Verkehrsverbund

■ Rund 8.000 Menschen aus Westmecklenburg pendeln täglich nach Hamburg zur Arbeit. Anders als Pendler aus Schleswig-Holstein oder Niedersachsen können sie dafür nicht die Tarife des Hamburger Verkehrsverbunds nutzen – was ihre Fahrkarten im Vergleich gesehen verteuert. Auf Initiative der CDU-Fraktion forderte die Koalition daher, den Gedanken der Metropolregion Hamburg auch auf den Anfahrtswegen zu leben und Berufspendler aus Westmecklenburg besser in die überregionale Partnerschaft einzubinden. Das stieß auch bei allen anderen Fraktionen auf Widerspruch. Einstimmig fordern sie die Landesregierung auf, die Möglichkeiten für einen Beitritt zum Hamburger Verkehrsverbund zu prüfen.

Berufspendler könnten durch eine engere Kooperation mit dem Hamburger Verkehrsverbund viel Geld sparen. Auf der Strecke von Schwerin nach Südbüchen beispielsweise 2.602 Euro im Jahr, begründete **Wolfgang Waldmüller** (CDU) den Antrag der Koalition. Ein erweiterter HVV-Tarif werte Westmecklenburg auch für Tagestouristen und als Ort zum Leben auf. Wegzügen werde entgegengewirkt, Zuzug aus dem Großraum Hamburg begünstigt. „Gerade bei jungen Familien mit Wunsch nach Wohneigentum ist unsere Region wegen der vergleichsweise niedrigen Baulandpreise begehrt.“ Der Auftrag an die Landesregierung, Kosten und Möglichkeiten für einen Beitritt zum HVV zu prüfen, sei im Sinne einer Gleichbehandlung aller innerhalb der Metropolregion Hamburg unerlässlich. „Ich halte einen positiven Ausgang des Prüfverfahrens für realistisch. Warum sollte in Mecklenburg-Vorpommern nicht klappen, was in Teilen Schleswig-Holsteins und Niedersachsens schon selbstverständlich funktioniert?“



Täglich pendeln rund 8.000 Menschen aus Westmecklenburg nach Hamburg. Die günstigeren HVV-Tarife können sie jedoch nicht nutzen. Foto: Jens Büttner

Verkehrsminister **Christian Pegel** warnte mit Blick auf die Kosten vor zu viel Euphorie und mahnte die CDU, den Wahlkampf zu beenden. Mecklenburg-Vorpommern erhalte bis 2031 vom Bund 4,425 Milliarden Euro für den Schienenpersonennahverkehr. Das klinge nach unglaublich viel Geld, seien aber gut 50 Millionen Euro weniger als bisher. Davon müssten unter anderem Verkehrsverträge, Verkehrsgesellschaften, Schienenersatzverkehr sowie Investitionsbeihilfen für nicht staatliche Bahnen bezahlt werden – Ausgaben, die erfahrungsgemäß von Jahr zu Jahr stiegen. Darüber hinaus lägen viele weitere Wünsche „im Besteckkasten“, etwa die Anbindung der Mecklenburgischen Seenplatte an den Berlin-Brandenburgischen Verkehrsverbund, Ein-Stunden-Takte und Spätverbindungen zwischen Rostock, Schwerin und Hamburg, ein Verkehrsverbund für die Metropolregion Stettin sowie, laut Koalitionsvertrag, die Darßbahn und die Karniner Brücke. „Ich fürchte, die Summe ist mehr als das, was wir verfügbar haben. Da wird ein politischer Auswahlprozess stattfinden müssen.“

**Prof. Dr. Ralph Weber** (AfD) machte es kurz: „Wir werden dem Antrag zustimmen.“ Nur an einer Stelle müsse er „einen Schluck Wasser in den ansonsten guten Wein schütten“: Ihm komme der Blick nach Berlin zu kurz. Das werde der historischen als auch der aktuellen Aus-

richtung der vorpommerschen Region nicht gerecht. Er plädierte dafür, in den „Besteckkasten“ auch reinzulegen, das MV-Ticket bis Berlin auszudehnen. „Das wäre auch für die Universität Greifswald wichtig.“

„Wir haben lange mit der CDU über diesen Antrag gesprochen“, sagte **Jochen Schulte** (SPD) und reklamierte für seine Fraktion, ihn damit verbessert zu haben: Neben Ludwigslust-Parchim binde er nun auch Schwerin mit ein und halte zudem die Option offen, auch für Anbindungen nach Berlin und Stettin konkrete Maßnahmen zu prüfen. Er betonte, dass es sich zunächst einmal um einen Prüfauftrag handele. „Wenn wir das Ergebnis haben, werden wir es bewerten.“ Dann gelte es, die Interessen aller abzuwägen und bestmöglich mit den zur Verfügung stehenden Geldern umzugehen.

„Für unsere Fraktion steht außer Frage: Eine bessere Verbindung innerhalb der Regionen und auch zu allen Metropolregionen ist entscheidend für die Regionalentwicklung“, begrüßte **Dr. Mignon Schwenke** (DIE LINKE) den Antrag. Der SPD und Verkehrsminister Christian Pegel warf sie vor, diese Entwicklung jedoch immer wieder zu hemmen. „Die Prüfaufträge legen hoffentlich Fakten als fundierte Entscheidungsgrundlage auf den Tisch.“ Um die Probleme im Regionalbahnbetrieb zu lösen, brauche



## Carsharing soll in Fahrt kommen

Land prüft Sonderrechte beim Parken

■ Sich mit fremden Menschen ein Auto teilen: Was bundesweit in rund 600 Städten schon gang und gäbe ist, soll nun auch in Mecklenburg-Vorpommern populärer werden. Dazu sollen Carsharing-Anbieter nach dem Willen von SPD und CDU gesonderte Parkflächen erhalten und von Parkgebühren befreit werden. Hintergrund ihres Antrags ist das Carsharing-Gesetz des Bundes, das seit Anfang September gilt. Es sieht vor, Geschäftsmodelle für Carsharing bundesweit zu fördern, und hält die Bundesländer an, den Gedanken des Bundesgesetzes mit eigenen Landesgesetzen auch auf Landesstraßen zu übertragen.

Wer mit Carsharing die Mobilität in M-V verbessere, sollte dabei auch vom Land unterstützt werden, fasste **Jochen Schulte** (SPD) den Kernpunkt des von seiner Faktion initiierten Koalitionsantrags zusammen. Er warb dafür, mit landesrechtlichen Regelungen Vorzüge wie gesonderte und kostenlose Parkflächen zu ermöglichen. „Aus meiner Sicht besteht im Interesse einer verbesserten Mobilität der Bürger als auch aus umweltschutzpolitischen Überlegungen heraus kein Anlass, diesem Antrag nicht seine Zustimmung zu geben.“

Carsharing attraktiver zu machen, dafür zeigte sich auch Verkehrsminister **Christian Pegel** offen. Noch sei das Teilen von Autos hierzulande zwar kein Massenphänomen. „Aber wir merken, wie der Markt anzieht.“ Und das nicht nur unter jungen Leuten. Auch in Wohnquartieren für ältere Menschen spiele Carsharing zunehmend eine Rolle, um bei Bedarf mobil zu sein. Diese Entwicklung sollte unterstützt werden. „Deshalb bin ich dankbar für den Antrag.“ Mit dem Rückenwind des Landtages werde sein Haus nun prüfen, welche Maßnahmen machbar wären, und ge-



Die Metropolregion Hamburg

Quelle: [www.metropolregion.hamburg.de](http://www.metropolregion.hamburg.de)

es aber mehr als diverse Verbünde auf Kreisebene. „Wir bräuchten einen einheitlichen Verbund für ganz Mecklenburg-Vorpommern. Was in Berlin-Brandenburg, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen geht, muss doch auch hier möglich sein.“

**Dr. Matthias Manthei** (BMV) bedauerte, dass der Antrag nur die Anbindungen für Mecklenburg ausführlich darstelle und zu Vorpommern lediglich einen Satz verliere. Dabei stecke gerade in der Region um Stettin eine Menge wirtschaftliches Potenzial – auch wenn es diese Metropolregion de facto noch gar nicht gebe. Er rief in Erinnerung, dass Stettin mehr als 400.000 Einwohner habe, mehrere Universitäten, eine maritime Industrie, Werften und den Seehafen an der Odermündung. „Gut möglich also, dass sich da etwas entwickeln kann zum Vorteil der deutschen und der polnischen Seite.“ Grundsätzlich sei gegen den Prüfauftrag aber nichts zu sagen. Deshalb werde seine Fraktion ihm zustimmen.

**Sebastian Ehlers** (CDU) erinnerte daran, dass sich auch der frühere Ministerpräsident Erwin Sellering und Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus offen für einen Beitritt zum HVV ausgesprochen hätten. „Da kann man jetzt nicht so tun, als wenn das eine unausgegrenzte Wahlkampfklamotte der CDU wäre.“ Es sei den Leuten nur schwer zu vermitteln, dass jemand, der aus Büchen komme, alle Vorteile des HVV nutzen könne, jemand, der fünf Bahnminuten weiter entfernt wohne, dagegen nicht. „Wir machen uns hier Gedanken über E-Mobilität, Carsharing und solche Sachen.“ Das ökologischste sei aber immer noch die Bahn. „Deswegen sollte es auch das Ziel sein, die Pendler auf die Bahn zu bringen. Und wenn man da eine finanzielle Entlastung schaffen kann, dann ist das sehr sinnvoll.“

Antrag CDU/SPD-Koalition  
Drucksache 7/1055

### Metropolregion Hamburg

Die Metropolregion Hamburg dehnt sich von Hamburg bis ins Umland von Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein aus. Sie umfasst 21 Landkreise und kreisfreie Städte und insgesamt mehr als 1.000 Orte. Dazu gehören auch

die Städte Schwerin und Wismar, der Landkreis Nordwestmecklenburg sowie die Altkreise Parchim und Ludwigslust. Ziel der grenzübergreifenden Zusammenarbeit ist es, in gemeinsamen Projekten die Entwicklung der Region voranzutreiben.



Der Bundestag hatte sich im März 2017 für die bundesweite Förderung von Geschäftsmodellen für das Carsharing ausgesprochen.

gebenenfalls auch bei den Kommunen für Unterstützung werben.

Carsharing-Unternehmen durch pauschale Sonderrechte bevorzugt zu behandeln, lehnt **Stephan J. Reuken** (AfD) ab. „Jeder Unternehmer macht eine Kalkulation. Was spricht dagegen, dort auch Parkgebühren mit einzukalkulieren?“ Er betrachte Carsharing einerseits als Baustein für einen bedarfsgerechten Mix an Mobilitätsangeboten. Andererseits befürchte er, dass sich die Idee dahinter ins Gegenteil verkehre. „Die meisten Carsharing-Kunden wohnen in größeren Orten und könnten viele Alltagswege mit Bus, Bahn, Fahrrad oder zu Fuß erledigen.“ Das mache Carsharing dann zu einer Frage der Bequemlichkeit und verschärfe die Konkurrenz zum öffentlichen Nahverkehr. Er appellierte deshalb, Carsharing-Angebote nur dort auszuweiten, wo ein konkreter Bedarf bestehe.

Auf Fahrräder und den öffentlichen Nahverkehr zu verweisen, greift für **Dietmar Eifler** (CDU) kurz. Das blende all diejenigen aus, die sich kein Auto leisten könnten und auf Carsharing angewiesen seien – beispielsweise Studierende in Greifswald, Rostock, Stralsund, Wismar und Neubrandenburg. Das mache es sehr wohl notwendig, die Ermächtigungen aus dem Bundesgesetz auf Landesebene zu nutzen. „Von daher ist

der Antrag genau richtig positioniert.“

„Ja, ja, Rückenwind: Wer hat den nicht gern? Allerdings ist dieser Antrag eher ein laues Lüftchen“, befand **Dr. Mignon Schwenke** (DIE LINKE). Ihre Fraktion halte Carsharing grundsätzlich für eine sinnvolle Ergänzung zum öffentlichen Personennahverkehr. Dem Antrag fehle es jedoch an Substanz. „Er geht an den eigentlichen Problemen vorbei.“ In erster Linie müsse es darum gehen, den öffentlichen Personennahverkehr zu stärken. Sie schlug vor, den Antrag in den Verkehrsausschuss zu überweisen und dort „mit Inhalt zu füllen“. Wie lässt sich Carsharing besser mit dem ÖPNV vernetzen? Was bedeutet der Verzicht auf Parkgebühren für Kommunen? „Sie sehen, es gäbe eine Menge zu diskutieren.“ Ohne Überweisung in den Ausschuss werde ihre Fraktion den Antrag ablehnen.

Substanzlos? Das Parlament könne der Landesregierung doch nicht vorschreiben, was sie ins Gesetz zu schreiben habe, widersprach **Jochen Schulte** (SPD). Er zeigte sich überrascht, dass im Landtag immer wieder lang und breit darüber gejammert werde, wie schwer es der ländliche Raum habe, ein Antrag wie dieser dann aber abgelehnt würde. „Ich war eigentlich der Überzeugung, dass wir uns hier in diesem Haus einig sind, dass man alle Angebote, die

verkehrlich und ökologisch eine Verbesserung darstellen, mit auf den Weg bringt.“ Die Argumente der Linken bezeichnete er als „dürftig“.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen angenommen. AfD und DIE LINKE lehnten den Antrag ab, die neu gegründete Fraktion Bürger für Mecklenburg-Vorpommern (BMV) enthielt sich.

Antrag SPD/CDU-Koalition  
Drucksache 7/1053

### Bundes-Carsharinggesetz

Der Bundestag hatte sich am 30. März 2017 für die bundesweite Förderung von Geschäftsmodellen für das Carsharing ausgesprochen. Die Abgeordneten von CDU/CSU und SPD stimmten bei Enthaltung von DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen für einen entsprechenden Entwurf der Bundesregierung für ein Carsharing-Gesetz. Damit soll eine Verordnungsermächtigung geschaffen werden, auf deren Grundlage Carsharing-Fahrzeuge besonders gekennzeichnet und im Straßenverkehr bevorrechtigt werden können.



Foto/Collage: Uwe Sinnecker

## Kein Platz für Hetze im Parlament

Landtag fordert Holger Arppe zum Mandatsverzicht auf

■ Wer sich gewaltverherrlichend, rassistisch und kinderpornografisch äußert, hat im Landtag nichts zu suchen. Darin sind sich alle Fraktionen einig. Einstimmig verurteilten sie die Hetze, die Holger Arppe in Internet-Chats zugeschrieben wird. Ebenso einstimmig forderten sie ihn auf, sein Landtagsmandat niederzulegen. Den Antrag dazu hatten SPD, CDU und DIE LINKE gemeinsam eingebracht. Der darin vertretenen Ansicht, dass „der Fall Arppe“ in der AfD kein Einzelfall sei, schlossen sich deren Abgeordnete in der namentlichen Abstimmung jedoch mehrheitlich nicht an. Holger Arppe war Fraktionsvize der AfD-Landtagsfraktion. Nach Bekanntwerden der Chats trat er aus der AfD-Landtagsfraktion aus. Er gehört dem Landtag als fraktionsloser Abgeordneter weiterhin an, fehlte aber an beiden Sitzungstagen. Die Möglichkeit, einem Abgeordneten das Landtagsmandat zu entziehen, sieht die Lan-

desverfassung nicht vor. Ein Mandatsverzicht kann nur auf freiwilliger Basis erfolgen.

Peter Ritter (DIE LINKE) nannte Holger Arppes Äußerungen „abstoßend“, „demokratiefeindlich“ und „parlamentsunwürdig“. Da könne nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen werden. „Wenn die AfD-Fraktion meint, mit seinem Austritt aus der Fraktion, mit seiner Abwahl als Schriftführer und mit seinem Abzug aus den Ausschüssen sei die Sache erledigt, dann irrt sie gewaltig!“ Nach allem, was über die Chats bekannt geworden sei, frage er sich, wie viel Arppe noch in der Fraktion stecke. „Ich befürchte, noch viel mehr, als wir derzeit absehen können.“ Er verwies darauf, dass die beiden Abgeordneten Sandro Hersel und Thomas de Jesus Fernandes ebenfalls namentlich in den Chats auftauchten. „Wir fordern alle Abgeordneten auf, die mit den Gewaltphantasien und der Hetze von Herrn Arppe sympathisiert haben, sich unverzüglich öffentlich zu erklären und gegebenenfalls selbst Konsequenzen zu ziehen.“ Ritter betonte, nicht alle AfD-Abgeordneten im Landtag pauschal in die nationalsozialistische oder gewaltverherrlichende Ecke zu stellen. Er stellte aber auch klar: Wer solche Leute in seinen Reihen stillschweigend dulde, mache sich am Ende mit ihnen gemein. „Dann ist jede spätere öffentliche Distanzierung un-

glaubwürdig und nur geheuchelt.“

Dem schloss sich Jochen Schulte (SPD) an: „Keiner von uns hält jeden von Ihnen für einen Nationalsozialisten oder einen Rechtsradikalen.“ Wer aber für sich in Anspruch nehme, kein nationalsozialistisches Gedankengut zu vertreten, müsse sich umso genauer fragen, mit wem er die Fraktion bilde. Es sei wenig glaubwürdig, „dass man sich auf einen braunen Misthaufen setzt und sich dabei nicht selber den Hosenboden braun einfärbt“. Er glaube, dass die AfD genau gewusst habe, wessen Geistes Kind mit Herrn Arppe in die Fraktion eingezogen sei: Obwohl dieser wegen Volksverhetzung verurteilt gewesen sei, habe man ihn zur Landtagswahl auf die Landesliste gesetzt. Schulte warf der AfD vor, sich bis heute nicht klar von den gewaltverherrlichenden Äußerungen distanziert zu haben. „Wenn Sie sich nicht glaubwürdig distanzieren, werden wir Sie genauso behandeln, wie Sie dieses Parlament und die Demokratie in diesem Land behandeln.“

Seine Fraktion habe die Äußerungen längst „auf das Schärfste verurteilt“ und Holger Arppe zum Mandatsverzicht aufgefordert, erwiderte Prof. Dr. Ralph Weber (AfD). Wer von der AfD eine glaubwürdige Distanzierung einfordere, müsse aber erst einmal in seinen eigenen Reihen damit anfangen. „Sie



haben gefragt: Wie viel Arppe steckt noch in der AfD? Dann möchte ich Sie alle fragen: Wie viel Edathy steckt in der SPD-Fraktion? Das sind reale Taten gewesen, während es bei Herrn Arppe um Phantasien geht.“ Die Gewaltäußerungen habe Holger Arppe eingestanden. „Der ganze pädophile Dreck ist von ihm aber zurückgewiesen worden“, betonte Weber. So lange nichts bewiesen sei, gelte auch für Arppe die Unschuldsvermutung. Die Forderung, zu erklären, inwiefern weitere AfD-Abgeordnete offen oder stillschweigend mit der Hetze sympathisierten, bezeichnete er als peinlich und juristisch daneben. „Das zeigt, dass es Ihnen nur darum geht, Publicity zu erregen.“

„Wenn Sie glauben, dass Sie hier mit anderthalb Sätzen sagen können: Ja, wir distanzieren uns von Herrn Arppe, und dann ist das Thema inhaltlich erledigt, dann irren Sie gewaltig!“, kritisierte **Torsten Renz** (CDU). Zu glaubwürdiger Distanz hätte für ihn auch gehört, ein Wort über Sandro Hersel und Thomas de Jesus Fernandes zu verlieren. Er erwarte nun von den beiden selbst, im Laufe der Debatte ans Mikrofon zu treten und deutlich Stellung zu beziehen. Renz warf der AfD vor, Holger Arppe bewusst in den Landtagswahlkampf geschickt zu haben, um ein nationalistisch-völkisches Klientel anzusprechen. Den hasserfüllten und menschenver-

achtenden Äußerungen in einer Landtagsdebatte entgegenzutreten, sei richtig. „Diese Sprache darf nie Einzug halten in unsere Demokratie.“ Von einer Verfassungsänderung, die es dem Landtag erlaube, Abgeordneten in besonderen Fällen ihr Mandat zu entziehen, halte er trotz allem nichts. Er glaube an die demokratische Auseinandersetzung und ein funktionierendes Gemeinwesen. „Und deshalb sage ich Ihnen: Dieses Parlament wird auch Abgeordnete überstehen, deren Herzen voller Zorn, deren Köpfe voller Wut und deren Worte voller Hass sind.“

Für **Bernhard Wildt**, Vorsitzender der neu gegründeten Fraktion Bürger für Mecklenburg-Vorpommern (BMV), gab es „kein Wenn und Aber“: „Dem Antrag stimmen wir zu.“ Ausschlaggebend dafür sei, wie die AfD, deren Landesprecher er zum Zeitpunkt der Debatte noch war, mit den Äußerungen von Holger Arppe umgehe. „Versucht man zu relativieren? Versucht man mit Gegenangriffen abzulenken von eigener Verantwortung? Das kann nicht unser Weg sein.“ Auch das sei ein Grund gewesen, aus der AfD-Fraktion auszutreten. In seiner Rede habe Ralph Weber einmal mehr deutlich gemacht, dass die AfD-Fraktion nicht bereit sei, ihren Kurs zu reflektieren und zu korrigieren. „Wir haben deshalb heute beschlossen, sämtliche Gespräche mit der AfD-

Fraktion bezüglich einer eventuellen Rückkehr abzubreaken.“ Wer keinen Abstand zu sich selbst herstellen könne, mit dem brächten auch alle Gespräche nichts. Wildt bestritt indes, dass jeder in der AfD über Holger Arppes Gesinnung Bescheid gewusst habe. „Wir haben mit Sicherheit nicht darüber Bescheid gewusst mit Ausnahme von einigen Wenigen, die in diesem Chat waren. Deren Aufgabe wäre es allerdings gewesen, die Kandidatur zu verhindern.“

„In der AfD gibt es Menschen, die Andersdenkende oder Menschen aus anderen Kulturkreisen als Feinde sehen. Feinde, die es zu beseitigen gilt“, sagte **Thomas Krüger**, Fraktionsvorsitzender der SPD. Da gebe es nichts zu relativieren. „Wir erleben eine Verrohung der Sprache. Und wir wissen, dass nach der Verrohung der Sprache die Verrohung der Tat kommt.“ Mit keinem Wort auf die Chatäußerung von Herrn Hersel oder Herrn de Jesus Fernandes einzugehen, mache die Distanzierung von Holger Arppe nicht glaubwürdig. „Rechtfertigen Sie vielleicht die Äußerungen?“, frage er Ralph Weber. Er habe das Gefühl, dass Teile der AfD versuchten, eine gesellschaftliche Situation zu erzeugen, wie es sie in den 1920er- und 1930er-Jahren schon einmal gegeben habe. „Eine Gesellschaft, die auseinanderdrifft, eine Partei, die sich rechtsnational bewusst radikalisiert und gesellschaftliche Gruppen gegeneinander hetzt. Meine Damen und Herren von der AfD, hinterfragen Sie sich eigentlich manchmal selbst, ob sie genau diese gesellschaftliche Entwicklung wollten?“

### Persönliche Erklärungen

Im Laufe der Debatte wurden die AfD-Abgeordneten Sandro Hersel und Thomas de Jesus Fernandes mehrfach aufgefordert, zu ihren Äußerungen in den Chatprotokollen Stellung zu nehmen. Sandro Hersel wird in den Chats unter anderem mit den Worten zitiert „Brennende Flüchtlingsheime sind kein Akt der Aggression, sondern ein Akt der Verzweiflung gegen Beschlüsse von oben.“ Dazu gab er im Nachgang der Debatte eine persönliche Erklärung ab. Die Chats seien mit Leuten besetzt gewesen, „die wissen, dass ich auch regelmäßig mal Blödsinn schreibe im persönlichen Umgang“ und „auch mit provokativen Thesen argumentiere“. Das sei eine „Diskussionsthese“ gewesen, „eine Anti-These, wohlgemerkt“. Natürlich sei das Anzünden von Ge-

bäuden eine Straftat. Auf den Protest, der sich daraufhin im Plenum breitmachte, antwortete er: „Sie wollen eine persönliche Erklärung, eine Rechtfertigung. Die gebe ich Ihnen, die werfen Sie weg. Die interessiert Sie gar nicht.“ Auch Thomas de Jesus Fernandes gab eine persönliche Erklärung ab. Darin betonte er, den Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE angeboten zu haben, sich in den Fraktionen persönlich zu erklären. „Eine Rückmeldung ist nicht erfolgt.“ Auch seine Erklärung über die Medien sei nicht veröffentlicht worden. „Dafür kann ich ja leider auch nichts.“ Sein Fraktionsvorsitzender Leif-Erik Holm habe sich ausreichend distanziert. „Die Fraktion ebenfalls per Beschluss von heute. Damit ist die Sache für mich auch erledigt.“

Im Verlauf der Debatte meldeten sich weitere Redner zu Wort. Die Diskussion im vollen Wortlaut können Sie auf dem YouTube-Kanal des Landtages nachhören oder im Wortprotokoll der Plenarsitzung nachlesen unter [www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de).



Antrag SPD, CDU, DIE LINKE  
Drucksache 7/1052

## Weitere Beschlüsse

### Staatliche Schlösser, Gärten und Museen

Die Landesregierung organisiert die Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Museen neu. Dazu werden die Zuständigkeiten in einer neuen oberen Landesbehörde gebündelt. Derzeit verteilen sich die Zuständigkeiten auf das Finanzministerium, den Betrieb für Bau und Liegenschaften M-V und das Staatliche Museum Schwerin. Ziel sei, den Abstimmungsbedarf zu verringern, Fachkompetenzen zu bündeln, gemeinsame Ausstellungsprojekte zu entwickeln sowie personelle und fachliche Doppelstrukturen zu vermeiden. Der Gesetzentwurf wurde einstimmig angenommen.

*Gesetzentwurf Landesregierung*

*Drucksache 7/527*

*Beschlussempfehlung Finanzausschuss*

*Drucksache 7/1073*

### Neue Schriftführerin

Holger Arppe (fraktionslos) wurde auf Antrag der AfD-Fraktion als Schriftführer des Landtages abgewählt. Grund sind gewaltverherrlichende und kinderpornografische Äußerungen in Internet-Chats, die ihm zugeschrieben werden. Seine Nachfolge tritt Christel Weißig (BMV) an. Sie wurde einstimmig gewählt. Die AfD-Fraktion hatte mit Thomas de Jesus Fernandes zunächst auch einen Wahlvorschlag eingereicht, diesen aber kurz vor der Sitzung zurückgezogen.

*Antrag AfD Drucksache 7/1056*

*Wahlvorschlag BMV Drucksache 7/1104*

*Wahlvorschlag AfD Drucksache 7/1061*

### Gesichtsverschleierung

In Mecklenburg-Vorpommern dürfen auch weiterhin öffentlich Burkas, Niqabs und Hijabs getragen werden. Die AfD wollte Gesichtsverschleierungen im öffentlichen Raum verbieten. SPD, CDU und DIE LINKE lehnten den Gesetzentwurf in Zweiter Lesung ab. Die Ab-



Foto: Uwe Sinnecker

*Die Ahnengalerie im Schloss Schwerin*

stimmung fand ohne neuerliche Aussprache dazu statt. Auch die AfD hatte keine Redezeit für ihren Gesetzentwurf beantragt.

*Gesetzentwurf AfD Drucksache 7/773*

### Finaler Rettungsschuss

Der „finale Rettungsschuss“ wird nicht explizit im Sicherheits- und Ordnungsgesetz des Landes verankert. Nach Ansicht der AfD-Fraktion biete die bisherige gesetzliche Gesetzgebung Polizisten keine ausreichende Rechtssicherheit beim Schusswaffengebrauch. SPD, CDU und DIE LINKE lehnten es ab, eine entsprechende Formulierung, die bereits in 13 Bundesländern existiert, ins Gesetz aufzunehmen. Die Abstimmung fand ohne Aussprache statt. Auch die AfD hatte in der Zweiten Lesung keine Redezeit für ihren Gesetzentwurf beantragt.

*Gesetzentwurf AfD Drucksache 7/774*

### Akkreditierung von Studiengängen

Das Akkreditierungssystem für Studiengänge wird neu geordnet. Die Kriterien, nach denen Studiengänge akkreditiert, also auf ihre Qualität und internationale Vergleichbarkeit geprüft werden, sind künftig in einem Staatsvertrag geregelt. Das soll verhindern, dass unterschiedliche Leitfäden das System der Akkreditierung unübersichtlich machen. Zwar

kann jedes Bundesland eigene Rechtsverordnungen erlassen. Der Staatsvertrag regelt jedoch, dass diese an den Punkten übereinstimmen müssen, in denen es zum Beispiel um die Gleichwertigkeit von Studien- und Prüfungsleistungen und Schulabschlüssen geht. Damit der Staatsvertrag wirksam wird, müssen die Bundesländer ihn ratifizieren. Der Landtag M-V hat ihn nach der Ersten Lesung am 27. September zur weiteren Beratung in den Bildungsausschuss überwiesen.

*Gesetzentwurf der Landesregierung*

*Drucksache 7/1042*

### Krebsregister

In Deutschland erkranken jedes Jahr mehr als 460.000 Menschen an Krebs. Krebsregister spielen eine wichtige Rolle bei der Erforschung und Bekämpfung der Erkrankungen. Die ostdeutschen Bundesländer und Berlin führen gemeinsam ein solches Register. Wichtige Kooperationspartner dabei sind regionale Tumorzentren und klinische Krebsregister. Die Modalitäten für das gemeinsame Krebsregister – insbesondere den Datenaustausch – sind in einem Staatsvertrag geregelt. Darin werden durch neue bundesgesetzliche Vorgaben Änderungen nötig, die auch der Zustimmung des Landtages bedürfen.

*Gesetzentwurf Landesregierung*

*Drucksache 7/763*

*Beschlussempfehlung Wirtschaftsausschuss 7/1075*

## Laufende Gesetzgebung

Gesetzgebung | Stand: 10.10.2017

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
7/413	SPD, CDU	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalprüfungsgesetzes	Finanzausschuss	1. Lesung, 05.04.2017
7/701	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein über einen gemeinsamen Prüfdienst für die Gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung Norddeutschland (PDK-Nord)	Wirtschaftsausschuss	1. Lesung 12.07.2017 2. Lesung 18./19.10.2017
7/764	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zum Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrages (Zweites Glücksspieländerungsstaatsvertragsgesetz - Zweites GlüÄndStVG M-V)	Innen- und Europaausschuss	1. Lesung 12.07.2017 in Beratung
7/782	DIE LINKE	Entwurf eines Gesetzes über die Sicherheit von Tariftreue und Mindestarbeitsbedingungen sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Mecklenburg-Vorpommern - TVG M-V)	–	1. Lesung, 13.07.2017 2. Lesung, 18./19.10.2017
7/788	SPD, CDU	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern	Energieausschuss	1. Lesung, 12.07.2017 Anhörung, 13.09.2017 in Beratung
7/899	LReg.	Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2018/2019	Finanzausschuss	1. Lesung, 27.09.2017 in Beratung
7/900	LReg.	Entwurf eines Haushaltsgesetzes 2018/2019 und eines Verbundquotenfestlegungsgesetzes 2018/2019	Finanzausschuss	1. Lesung, 27.09.2017 in Beratung
7/954	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zum Deutschen Institut für Bautechnik	Energieausschuss	1. Lesung, 27.09.2017 in Beratung
7/1042	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die Organisation eines gemeinsamen Akkreditierungssystems zur Qualitätssicherung in Studium und Lehre an deutschen Hochschulen (Studienakkreditierungsstaatsvertrag)	Bildungsausschuss	1. Lesung 27.09.2017 in Beratung
7/1051	CDU, SPD	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Dauergrünlanderhaltungsgesetzes	Agrarausschuss	1. Lesung, 27.09.2017 in Beratung

## Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 27./28. September 2017 entschieden | Stand: 10.10.2017

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
7/527	Gesetz zur Modernisierung der staatlichen Schlösser-, Gärten- und Museumsverwaltung Mecklenburg-Vorpommern (Schlösser-, Gärten-, Museumsverwaltungs-Modernisierungsgesetz - SGMVwModG M-V)	LReg.	1. Lesung 17.05.2017 2. Lesung 27.09.2017	angenommen
7/763	Gesetz zum Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über das Gemeinsame Krebsregister der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und der Freistaaten Sachsen und Thüringen	LReg.	1. Lesung 12.07.2017 2. Lesung 27.09.2017	angenommen
7/773	Gesetz über das Verbot der Gesichtsverschleierung im öffentlichen Raum (VerschleierungsVerbG M-V)	AfD	1. Lesung 13.07.2017 2. Lesung 27.09.2017	abgelehnt
7/774	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern (SOG M-V) - Einführung des „finalen Rettungsschusses“	AfD	1. Lesung 13.07.2017 2. Lesung 27.09.2017	abgelehnt





Der Wirtschaftsausschuss besuchte die Schiffbauhalle der MV Werften in Wismar.

Foto: Landtag M-V

## Nachwuchs bei MV Werften

Wirtschaftsausschuss informiert sich in Wismar

■ Die aktuelle Entwicklung bei den MV Werften in Wismar war Thema einer Informationsfahrt des Wirtschaftsausschusses im September. Neben der Auftragsituation des Unternehmens Genting Hong Kong, das im Frühjahr 2016 die drei Werften in Wismar, Warnemünde und Stralsund gekauft und im Sommer 2016 die MV Werften GmbH mit Sitz in Wismar gegründet hatte, stand unter anderem die Nachwuchsgewinnung im Fokus der Parlamentarier.

Die Werften hatten im Herbst 2016 eine Kampagne zur Nachwuchsgewinnung gestartet. So konnten im aktuellen Ausbildungsjahr 90 Auszubildende und zwölf Dualstudenten eingestellt werden. Langfristiges Ziel sei es, 3.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den drei Werftstandorten zu beschäftigen. Derzeit arbeiten rund 1.500 Beschäftigte an allen Standorten der MV Werften. Nach Angaben des Unternehmens konnte Mitte September in Wismar das

zweite von insgesamt vier geplanten Flusskreuzfahrtschiffen der Rhein-Klasse (6-Sterne-Schiff) an die Reederei Crystal River Cruises übergeben werden. Zuvor waren zwei weitere Flusskreuzfahrtschiffe der Rhein-Klasse („Crystal Debussy“ und „Crystal Ravel“) auf Kiel gelegt worden, die 2018 fertig sein sollen. In den kommenden fünf Jahren sollen auf den drei Werften insgesamt drei „Endeavor Class“-Megayachten sowie zwei Kreuzfahrtschiffe der „Global Class“ gebaut werden. Für das Frühjahr 2018 ist geplant, mit dem Bau der ersten „Endeavor“-Megayacht sowie den Schiffen der „Global Class“ zu starten. Die MV WERFTEN Fertigmodule GmbH hat im September ihre Arbeit aufgenommen und fertigt komplett vorausgerüstete Passagier- und Crewkabinen für die Schiffe der Global und Endeavor Class. Rund 20 Kabinen können nach Unternehmensangaben pro Tag fertiggestellt werden.

Die MV Werften Wismar GmbH beschäftigt gegenwärtig an ihren Standorten Wismar, Rostock/Warnemünde und Stralsund 1500 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. 90 Auszubildende und 12 Dualstudenten starteten am 1. September ins Berufsleben.

## Fachleute für klare Zuständigkeiten

Nicht öffentliche Anhörung zum Psychischkrankengesetz

■ Mitte September hatte der Wirtschaftsausschuss Experten eingeladen, um sich über die praktische Umsetzung des Psychischkrankengesetzes zu informieren. Diese Anhörung war von der Fraktion DIE LINKE beantragt worden, da Landkreise und kreisfreie Städte signalisiert hätten, dass es keine einheitliche Rechtsanwendung gebe und die Zuständigkeit von Justiz- und Gesundheitsbehörden sowie kommunalen Verantwortlichen unterschiedlich gehandhabt würde.

Eingeladen waren als Anzuhörende die Deutsche Psychotherapeuten Vereinigung – Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern, der Sozialpsychiatrische Dienst des Landkreises Ludwigslust-Parchim, der Verband der Ärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Mecklenburg-Vorpommern e.V. sowie der Richterbund Mecklenburg-Vorpommern.

Nach Angaben vor allem der Vertreter des Verbandes der Ärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst und des Richterbundes würde die Zuständigkeitsregelung bei der (sofortigen) Unterbringung von Menschen mit psychischen Erkrankungen sowie bei der Verlängerung der Unterbringung unterschiedlich gehandhabt. Laut Psychischkrankengesetz sind der Landrat des Landkreises oder der Oberbürgermeister der kreisfreien Stadt, wo Hilfesuchende mit ihrem Wohnsitz gemeldet sind, örtlich zuständig. Probleme entstünden gerade dann, wenn entsprechende Maßnahmen zu treffen seien, sich die Betroffenen jedoch außerhalb ihrer Wohnortgemeinde aufhielten. Die Fachleute plädierten für eine klare Zuständigkeitsregelung. Zudem regten sie an, zu überdenken, ob die persönliche Inaugenscheinnahme grundsätzlich unmittelbar vor Ort erfolgen müsse.

Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums werde derzeit an einem Gesetzentwurf zur Änderung des Psychischkrankengesetzes gearbeitet.

## Umweltpreis für Streuobst, Bienen und Co.

Preisverleihung am 8. November im Plenarsaal

■ Die sechs Preisträger des 15. Umweltpreises des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern stehen fest. Wie bereits 2015 ist die Auszeichnung auch in diesem Jahr in den Kategorien „Jugendumweltpreis“ und „Umweltpreis“ vergeben worden.

33 Bewerbungen sprechen eine deutliche Sprache. Mit dem diesjährigen Thema des Umweltpreises „Streuobstwiese, Bienenweide und Co. – Engagement für die Artenvielfalt in der Kulturlandschaft“ wurde offenbar der Nagel auf den Kopf getroffen.



### Preisträger

#### Preisträger Umweltpreis

- Netzwerk Bienenstraße für das Projekt: „Erlebnisreich Bienenstraße“
- Streuobstnetzwerk M-V für das Projekt „Streuobst – Genuss & Vielfalt – Streuobstnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern“
- Stefan Wilke, Loitz Vorbein, für das Projekt „Lebens-Wiese Rügen“

Dafür spricht vor allem die Vielfalt an Bewerbern: Vereine und Verbände, aber auch Privatpersonen und Schulklassen haben an der Ausschreibung teilgenommen. Ein Novum ist in diesem Jahr, dass Netzwerke – wie die Bienenstraße oder das Streuobstnetzwerk – unter den Preisträgern sind. Sie stehen dafür, dass bei der Umsetzung der in den Vergaberichtlinien formulierten Zielstellung des Umweltpreises, Projekte, Leistungen und Initiativen bekanntzumachen, die zur umweltpolitischen Bewusstseinsbildung beitragen, eine neue Qualität erreicht worden ist.

Würdiger Ort der Preisverleihung am 8. November ist der neue Plenarsaal des Landtages im Schweriner Schloss.

Seit 1992 lobt der Landtag Mecklenburg-Vorpommern den Umweltpreis zum Gedenken an den Mecklenburger Naturforscher und Historiker Ernst Boll (1817 -1868) aus. Damit ist der Landtag Mecklenburg-Vorpommern deutschlandweit das einzige Landesparlament, das einen Umweltpreis vergibt. Dotiert ist dieser in der Kategorie „Umweltpreis“ mit 15.000 Euro und in der Kategorie „Jugendumweltpreis“ mit 10.000 Euro. Mit dem Preis will der Landtag herausragende Initiativen zum Umwelt- und Naturschutz würdigen, die weitere Arbeit der Preisträger fördern und durch die Bekanntmachung ihrer Projekte, Leistungen und Initiativen zur umweltpolitischen Bewusstseinsbildung im Lande beitragen.

#### Preisträger Jugendumweltpreis

- die Warnowschule Papendorf für das Projekt „Unsere Streuobstwiese hält uns in Schwung, ob Äpfel, Bienen, Alt oder Jung – Die Einbindung unserer Streuobstwiese in die Umweltbildung der Schule“
- die Freie Schule Rügen Dreschwitz für das Projekt „Schulgarten und Bienen – Freie Schule Rügen“
- die Recknitz-Grundschule Ahrenshagen für das Projekt „Bewusstes Wahrnehmen, Erhalten und Gestalten der Natur auf unserem Schulgelände“

## Einsprüche zur Landtagswahl

Landtag folgt dem Votum des Rechtsausschusses

■ Das Parlament hat in seiner Sitzung am 27. September fünf Einsprüche gegen die Landtagswahl von 2016 zurückgewiesen. Damit folgte das Plenum der Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses. Die Einsprüche wurden als unzulässig bzw. unbegründet bewertet.

So war ein Einspruch gegen die Landtagswahl mit der Begründung eingelegt worden, dass die kostenpflichtige Beantragung von Briefwahlunterlagen gegen das Grundgesetz verstoße. Die Landeswahlleiterin und der Wahlprüfungsausschuss informierten den Einspruchsführer darüber, dass ein Wahlschein auch mündlich, elektronisch oder per Telefax ohne Portokosten beantragt werden könne. Zudem fehlte bei dem Einspruch die eigenhändige Unterschrift des Mannes.

Ein weiterer Einspruch war eingelegt, jedoch nie begründet worden. Der Einspruchsführer ist in Brandenburg gemeldet und somit aufgrund seines außerhalb von Mecklenburg-Vorpommern liegenden Wohnsitzes weder wahl- noch einspruchsberechtigt.

Ein weiterer Bürger begründete seinen Einspruch damit, dass er keine Wahlbenachrichtigungskarte erhalten habe. Der Wahlprüfungsausschuss sah hierin jedoch keinen Fehler bei der Vorbereitung oder Durchführung der Wahl, da die Zusendung einer Wahlbenachrichtigung keine zwingende Voraussetzung für die Ausübung des Wahlrechts ist.

Ein anderer Einspruch richtete sich gegen einen Landtagsabgeordneten. Angeführt wurden Zweifel an der Verfassungstreue, insbesondere da der Abgeordnete zugelassen habe, dass die Justizvollzugsanstalten des Landes rechtsfreie Räume seien. Die Ausführungen lassen nach Einschätzung des Wahlprüfungsausschusses keinen Fehler bei der Vorbereitung und Durchfüh-

rung der Landtagswahl erkennen. Die Wählbarkeit der betreffenden Person sei durch Wählbarkeitsbescheinigungen vor der Wahlzulassung nachgewiesen worden, im Übrigen seien die vorgetragenen Vorgänge in den Justizvollzugsanstalten des Landes nicht Gegenstand der Wahlprüfung. Derzeit bearbeitet der Ausschuss weitere Einsprüche.

*Beschlussempfehlung Rechtsausschuss  
Drucksache 7/1074*

## Anwalt der Bürger

Vorsitzender des Petitionsausschusses zieht Bilanz

■ **Vor fast einem Jahr, im November 2016, hat der Petitionsausschuss des neu gewählten Parlaments seine Arbeit aufgenommen. Anlass für den Ausschuss-Vorsitzenden Manfred Dachner, Bilanz zu ziehen. „In dieser Zeit haben die Ausschussmitglieder die Sorgen und Nöte von Land und Leuten erfahren“, so Dachner. „Besonders freut es uns, wenn es uns gelingt, den Menschen zu helfen.“**

Als Beispiel für eine erfolgreiche Eingabe sei die Petition zu nennen, mit der die Petenten eine barrierefreie WC-Anlage am Bahnhof in Güstrow forderten. Neben dem Energieministerium hat der Ausschuss auch die Deutsche Bahn AG in das Verfahren einbezogen, sodass zu Beginn des Jahres 2017 die WC-Anlage sowie das für Sehbehinderte notwendige taktile Leitsystem des Gehweges zum neuen WC errichtet werden konnten. Eine Petentin forderte die Beseitigung alter, in eine Straße in Boizenburg eingelassener Bahngleise, die immer wieder zu Fahrradstürzen führten. Zwar hatte die Stadt bereits die Sanierung der Straße und den Rückbau der Gleise beschlossen. Da der Zeitpunkt zur Umsetzung dieser Baumaßnahme jedoch noch nicht feststand, füllte die Stadt im Zuge des Petitionsverfahrens die Spuren zwischen den Schienen und der Straße mit Flüssigbeton aus, um die

Unfallgefahr sofort zu beseitigen. Ein Ehepaar beschwerte sich über Geräuschbelästigungen, die von einer bereits 1991 errichteten Windkraftanlage ausgingen. Der Petitionsausschuss führte zehn Ausschussberatungen und eine Ortsbesichtigung zu dieser Eingabe durch, in deren Folge zunächst einzelne technische Verbesserungen an der Anlage durchgeführt wurden. Der Ausschuss gab jedoch nicht nach und richtete weiterhin zahlreiche Nachfragen an die zuständigen Behörden und forderte vom Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie ein lärm-schutztechnisches Gutachten. Als der Landkreis daraufhin einen statischen Nachweis für die Anlage von dem Betreiber verlangte, nahm dieser die Windkraftanlage vom Netz und baute sie eine Woche später vollständig ab. „Gerade diese Petition bezeugt, dass ein Petitionsverfahren durchaus geeignet ist, die Rechte der Bürgerinnen und Bürger durchzusetzen“, so der Vorsitzende des Petitionsausschusses.

## Die Sonne als wichtigste Energiequelle?!

M-V bei Photovoltaik bundesweit hinten

■ **Nachlassende Preise der Anlagentechnik sowie deren Effizienz führen derzeit dazu, dass die Photovoltaik 50 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien liefern könnte. Auch in Mecklenburg-Vorpommern wäre ein deutlich größerer Anteil erneuerbarer Energien am nationalen Energiemix möglich, wenn die Solarenergie besser genutzt würde. Mecklenburg-Vorpommern allerdings nimmt im Ländervergleich nur den letzten Rang bei der PV-Nutzung ein.**

Vor diesem Hintergrund hat der Energieausschuss am 20. September ein Expertengespräch mit Vertretern des Solarverbandes Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt. Die Abgeordneten erfuhr, dass auf Hausdächern erzeugter



*www.solarwirtschaft, Quelle: eigene Berechnungen  
BSW-Solar (vorläufig): Stand 1/2017*

und selbst genutzter PV-Strom mittlerweile nur noch 0,10 bis 0,13 Euro/kWh kostet. Damit sei dieser Strom deutlich günstiger als der von den meisten Stromanbietern. Trotzdem gebe es viel zu wenige Aufdach-Anlagen im Land, obwohl die Investitionskosten für eine PV-Anlage in der Regel nicht höher als für eine Einbauküche lägen. Auch für den Gewerbe- sowie den Industriebereich habe die Eigenstromversorgung eine große Bedeutung, allerdings seien hierfür wegen des großen Energiebedarfs Freiflächenanlagen vorzuziehen. Im deutsch-dänischen Grenzbereich gebe es aktuell Gebote, mittels Freiflächenanlagen Solarstrom für 0,0536 Euro/kWh zu produzieren. Es bestehe aber das Problem, dass die Nutzung von Freiflächenanlagen relativ eingeschränkt sei und sich auf die Bereiche entlang von Autobahn- und Bahntrassen konzentriere, weil im Land eine Öffnungsklausel im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) nicht genutzt werde, um zusätzliche Flächen für Freiflächenanlagen in benachteiligten Regionen zuzulassen. „Der Solarenergie muss in unserem Land ein deutlich höherer Stellenwert beigemessen werden als bisher“, sagte Ausschuss-Vorsitzender Rainer Albrecht nach dem Expertengespräch. Dafür müssten die Rahmenbedingungen entsprechend verändert werden. Wichtig sei aber auch, dass der regenerativ erzeugte Überschussstrom in ertragsreichen Zeiten genutzt wird und volatile Anlagen nicht abgeschaltet werden. „Dafür müssen adäquate Speicher technologien vorgehalten werden“, so Albrecht.



# Für M-V in Berlin

## 16 Frauen und Männer vertreten Mecklenburg-Vorpommern im neuen Bundestag

709 Abgeordnete zählt der neu gewählte Bundestag. Bei der Konstituierung am 24. Oktober – exakt vier Wochen nach der Bundestagswahl – im Berliner Reichstag sind auch die 16 Frauen und Männer dabei, die in den kommenden vier Jahren Mecklenburg-Vorpommern im Bundestag vertreten. Sechs von Ihnen haben das Direktmandat gewonnen – das heißt, sie haben in ihrem Wahlkreis die meisten Erststimmen der Wählerinnen und Wähler bekommen. Die zehn anderen sind über die Landeslisten ihrer Partei in den Bundestag eingezogen. Wir stellen Ihnen die Vertreter unseres Bundeslandes vor.



**Philipp Amthor, CDU/CSU \***  
geb. 1962  
Jurist  
Wahlkreis 16  
(Meckl. Seenplatte I/  
Vorp.-Greifswald II)  
Direktmandat



**Dr. Dietmar Bartsch, Die Linke**  
geb. 1958  
Wirtschaftswissenschaftler  
Wahlkreis 14  
(Rostock – Landkreis Rostock II)  
Landesliste



**Heidrun Bluhm, Die Linke**  
geb. 1958  
Bauzeichnerin, Gesellschaftswissenschaftlerin  
Wahlkreis 17  
(Meckl. Seenplatte II/  
Landkreis Rostock III)  
Landesliste



**Leif-Erik Holm, AfD \***  
geb. 1970  
Ökonom (M. Sc.)  
Wahlkreis 15  
(Vorp.-Rügen/  
Vorp.-Greifswald I)  
Landesliste



**Frank Junge, SPD**  
geb. 1967  
Diplom-Sportlehrer  
Wahlkreis 13  
(Ludwigslust-Parchim II/  
Nordwestmeckl. II/  
Landkreis Rostock I)  
Landesliste



**Kerstin Kassner, Die Linke**  
geb. 1958  
Diplom-Ökonomin  
Wahlkreis 15  
(Vorp.-Rügen/Vorp.-Greifswald I)  
Landesliste



**Enrico Komning, AfD \***  
geb. 1968  
Rechtsanwalt  
Wahlkreis 16  
(Meckl. Seenplatte I/  
Vorp.-Greifswald II)  
Landesliste



**Dr. Angela Merkel, CDU/CSU**  
geb. 1954  
Diplom-Physikerin  
Wahlkreis 15  
(Vorp.-Rügen/Vorp.-Greifswald I)  
Direktmandat



**Dietrich Monstadt, CDU/CSU**  
geb. 1957  
Rechtsanwalt  
Wahlkreis 12  
(Schwerin/Ludwigslust-Parchim/  
Nordwestmeckl. I)  
Direktmandat



**Claudia Müller, B'90/Die Grünen \***  
geb. 1981  
Betriebswirtin  
Wahlkreis 15  
(Vorp.-Rügen/Vorp.-Greifswald I)  
Landesliste



**Eckhardt Rehberg, CDU/CSU**  
geb. 1954  
Dipl.-Ing. für Informationsverwaltung  
Wahlkreis 17  
(Meckl. Seenplatte II/  
Landkreis Rostock III)  
Direktmandat



**Hagen Reinhold, FDP \***  
geb. 1978  
Meister im Maurer- und Betonhandwerk  
Wahlkreis 14  
(Rostock/Landkreis Rostock II)  
Landesliste



**Ulrike Schielke-Ziesing, AfD \***  
geb. 1969  
Verwaltungsangestellte  
Wahlkreis 17  
(Meckl. Seenplatte II/  
Landkreis Rostock III)  
Landesliste



**Sonja Steffen, SPD**  
geb. 1963  
Rechtsanwältin  
Wahlkreis 15  
(Vorp.-Rügen/Vorp.-Greifswald I)  
Landesliste



**Peter Stein, CDU/CSU**  
geb. 1968  
Dipl.-Ing. Architekt für Stadtplanung  
Wahlkreis 14  
(Rostock/Landkreis Rostock II)  
Direktmandat



**Karin Strenz, CDU/CSU**  
geb. 1967  
Dipl.-Lehrerin Sonderschulen  
Wahlkreis 13  
(Ludwigslust-Parchim II/  
Nordwestmeckl. II/  
Landkreis Rostock I)  
Direktmandat

Wahlstatistik M-V		
<b>Wahlberechtigte</b>	1.324.614	
<b>Wählerinnen und Wähler</b>	938.587	
<b>Wahlbeteiligung</b>	70,9 %	
<b>ungültige Erststimmen</b>	11.742 (1,3%)	
<b>ungültige Zweitstimmen</b>	11.077 (1,2%)	
<b>Zweitstimmenergebnis (%)</b>	<b>M-V</b>	<b>Bund</b>
CDU	33,1	26,8
DIE LINKE	17,8	9,2
AfD	18,6	12,6
SPD	15,1	20,5
FDP	6,2	10,7
Grüne	4,3	8,9
NPD	1,1	0,4

Quelle: Bundeswahlleiter

\* erstmals im Bundestag



Für den neuen Plenarsaal wurde der sogenannte Festsaal umgebaut, der in den 1970er-Jahren anstelle des bei dem Schlossbrand 1913 komplett zerstörten Goldenen Saals errichtet worden war. Die goldfarbenen Wände und die Narben im Mauerwerk erinnern an die wechselvolle Geschichte des Raumes. Fotos: Jens Büttner

## Es ist vollbracht

Nach fünf Jahren Bauzeit: Landtag weihet neuen Plenarsaal ein

■ 26. September 2017: Eröffnung des neuen Plenarsaals. So oder so ähnlich wird es einmal in den Geschichtsbüchern des Schweriner Schlosses stehen. Es ist 11:07 Uhr, als der Sitzungsgang den historischen Moment einläutet. Bevor die Abgeordneten am nächsten Tag hier zur politischen Tagesordnung übergehen, wird heute in einer Feststunde noch einmal auf fünf Baujahre zurückgeblickt. Gefei-ert. Gemahnt. Und gedankt.

Die Flügel der gläsernen Saaltüren sind weit geöffnet. Im Sekundentakt wimmelt sich der Raum voll. Mit jetzigen Abgeordneten und ehemaligen. Mit einstigen Landtagspräsidenten und Direktoren. Früheren Ministern. Gästen aus Wirtschaft, Kultur, Behörden, Verei-

nen und Verbänden. Mit Vertretern der Landkreise und kreisfreien Städte. Kollegen aus anderen Landesparlamenten. Sie alle in ihrer Ansprache zu begrüßen, dafür wird Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider gleich mehr als drei Minuten brauchen.

Neugierig legen sich Köpfe in den Nacken. Zehn Meter hoch ist der neue Plenarsaal geworden. Die Blicke schweifen zu den weißen Lamellenwänden, unter denen die Geschichte des Raumes im Goldton hervorschimmert. Hinauf zu den beiden Zuschauertribünen. Zurück zum Halbkreis, in dem die Abgeordneten künftig sitzen. Hier ein Foto. Da ein Selfie. Dann bittet der Sitzungsgang, Platz zu nehmen.

Fast fünf Jahre sind vergangen, in denen Planer und Handwerker den Ideen und Entwürfen der Architekten Tilman Joos und Veronika Dannheimer einen Raum gegeben haben. Solch ein Vorhaben in einem alten Gebäude zu realisieren, das auf einem weichen Muddekegel steht, seit dem Schlossbrand 1913 mehr-



Sylvia Bretschneider

fach und oft undokumentiert baulich verändert und während der gesamten Bauphase weiter als Museum und Landtag genutzt wurde, sei eine große Herausforderung gewesen. „Da war viel Mut dabei, viel Engagement, Standhaftigkeit, auch Entscheidungsfreude und Kompromissbereitschaft“, sagte Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** in ihrem Rückblick auf die vergangenen Jahre. „Ich glaube, wir alle können jetzt stolz sein auf diesen Saal.“ Zugleich ver-



Fotos: Jens Büttner



Sylvia Bretschneider bedankt sich mit einem Stern der Schweriner Schlosskirche bei Norbert Lammert.



Mitglieder der Niederdeutschen Bühne des Mecklenburgischen Staatstheaters Schwerin wirkten bei der Festveranstaltung mit.



Der Direktor des Landtages Armin Tebben (Mitte) mit dem ersten Chef der Landtagsverwaltung Friedrich Maier (l.) und dem früheren Landtagspräsidenten Hinrich Kuessner.

binde sie mit der neuen Gestaltung des Plenarsaals die Hoffnung und Erwartung, dass das Parlament „diesem Hohen Haus auch inhaltlich noch besser gerecht wird und die gelungene Architektur dieses Saales mit Sachlichkeit, mit Transparenz und mit Offenheit nutzt, um sich des Wählerauftrags würdig zu erweisen“.



Prof. Dr. Norbert Lammert

Der bisherige Plenarsaal sei „die bescheidenste Unterkunft“ für ein Parlament gewesen, die er je gesehen habe, sagte **Prof. Dr. Norbert Lammert** in seiner Festrede. Nun aber habe der Landtag „endlich eine angemessene Versammlungsstätte“. Der scheidende Bundestagspräsident betonte jedoch auch: Ein schöner Sitzungssaal allein mache noch lange keine gute Politik. Die Aufgaben von Parlamenten seien in den vergangenen Jahrzehnten immer komplexer geworden. In Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung die Errungenschaften und Zukunftsperspektiven für das eigene Land zu sichern, sei eine riesige Herausforderung, die es mit all ihren überschneidenden Anforderungen so noch nie gegeben habe. „Die Erwartung der Öffentlichkeit im Umgang mit diesen Problemen ist allemal ausgeprägter als die tatsächlichen Gestaltungsspielräume“, stellte Lammert klar und forderte von den Politikern in Bund und Ländern Ehrlichkeit, Transparenz und Mut zu Veränderungen: „Das Festhalten an Besitzständen verhindert oft genau jene Veränderungen, deren Ausbleiben die Wähler anschließend Parlamenten, Parteien und Regierungen vorwerfen.“

Parlamente und Regierungen müssten stets lernfähig sein. „Sie sollten Lernfähigkeit aber nicht mit Wankelmütigkeit verwechseln. Mit Abstand wichtiger und wirksamer als die Popularität von Politik



ist ihre Glaubwürdigkeit“, betonte Lammert. Was die Politik an Glaubwürdigkeit verliere, könne sie an Popularität weder gewinnen noch ausgleichen. „Deswegen sollten wir alle etwas bescheidener in unseren Ankündigungen werden, aber anspruchsvoller in den Zielen und mutiger in den Entscheidungen.“

Zum Ringen um die beste Entscheidung gehöre, so Lammert mit Nachdruck, unabdingbar auch Streit. „Es ist ein hartnäckiges Missverständnis, Demokratie für ein Verfahren zur Verhinderung von Streit zu halten.“ Im Gegenteil: Die Demokratie sei das – bislang jedenfalls – „bestmögliche, noch am ehesten zumutbare Verfahren“, zivilisiert unterschiedliche Auffassungen, Meinungen und Interessen auszutragen und ein für alle verbindliches Ergebnis herbeizuführen. „Das ist der Gegenstand von Demokratie“, betonte Lammert und warb dafür, bei diesem Streit „wo immer möglich, an der Sache orientiert zu sein und Diffamierungen und Übertreibungen zu vermeiden.“

In der Politik gehe es nicht um Wahrheiten, stellte Lammert klar, sondern um Interessen, um konkurrierende Auffassungen und Anliegen. „Deswegen muss ein politisches System, das von seinem Grundverständnis her sich als ein Ordnungsrahmen einer freiheitlichen Gesellschaft versteht, die Voraussetzungen dafür schaffen und erhalten, dass Kom-

promisse möglich bleiben oder möglich werden.“ Der wichtigste Platz für das Suchen und Finden von Kompromissen sei das Parlament.



Rainer Prachtl

„Lassen Sie mich bei allem Fokus auf den neuen Plenarsaal eines hervorheben“, sagte der frühere Landtagspräsident **Rainer Prachtl** am Beginn seines Grußwortes. „Wichtig sind Sie, die gewählten Vertreter des Volkes.“ Er rief die Landtagsabgeordneten auf, respektvoll miteinander zu debattieren und so das Ansehen der parlamentarischen Demokratie zu stärken. Dazu gehöre auch, mit Würde und Empathie die Meinungen anderer zu akzeptieren. Schließlich müssten diese Meinungen ja nicht gänzlich falsch sein. Er hielt die Abgeordneten an, politische Entscheidungen nach bestmöglichem Wissen zu treffen und gut abzuwägen zwischen Gemeinwohl und „überzogenem Anspruchsdenken bestimmter organisierter Kreise“. Der

neue Plenarsaal müsse die Herzkamer sein, die das ganze Land, jeden Winkel des Landes „mit Energie und frischem Blut“ versorge. „Deswegen, bei aller Bedeutung dieses Plenarsaals, das Wichtigste sind die Menschen, sind die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.“

Die räumlichen Voraussetzungen für eine respektvolle Debattenkultur haben Architekt **Tilman Joos** und sein Team geschaffen. „Der Kreis symbolisiert nach unserem Verständnis am eindeutigsten den demokratischen Dialog.“ Die Sitzanordnung schaffe Konzentration und Nähe und mache sowohl das Verständnis von Parlament als auch das Verhältnis zur Regierung deutlich.



Tilman Joos

Fotos: Jens Büttner

Die Besucherplätze ragen dabei ganz bewusst nah an die Abgeordneten. „Es soll zeigen, dass das Volk als Souverän Teilhaber und nicht außenstehender Betrachter des Parlaments ist.“ Die Zeiten, in denen die Abgeordneten wie im Klassenzimmer saßen, Zwischenrufe in der schlechten Akustik oft ungehört blieben und Zuschauer kaum etwas sahen, sind damit passé.

Um aus dem einstigen Goldenen Saal einen Plenarsaal zu machen, mussten auch weite Teile des Schlossgartenflügels saniert, Räume renoviert, eine neue Treppe und ein Fahrstuhl eingebaut werden. Gebaut wurde dafür bis ins Fundament. Alles in allem kostete das rund 30 Millionen Euro. In den Plenarsaal selbst seien sieben Millionen Euro geflossen, rechnete Sylvia Bretschneider vor. „Hier ist mit einem sehr bescheidenen Aufwand ein sehr beachtliches Ergebnis erzielt worden“, befand Norbert Lammert. Nun gelte es, den Raum mit politischem Leben zu füllen. „Dazu wünsche ich Ihnen Mut und Kraft, Entschlossenheit und Toleranz, Selbstbewusstsein und Demut.“



Der bisherige Plenarsaal war nach dem 2. Weltkrieg anstelle des ebenfalls beim Schlossbrand zerstörten sogenannten „unfertigen Saals“ des Schlosses eingebaut worden und wurde bis zur Auflösung der Länder in der DDR 1952 und dann wieder von 1990 bis Juli 2017 als Sitzungssaal des Landtages genutzt.

Archivfoto: Uwe Sinnecker

## „Gott und die Welt – Religion macht Geschichte“

Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten – Landessieger ausgezeichnet

■ Was haben Eiszeit und Hexenverfolgung, Reformation, Seemannsmision und Konfirmation gemeinsam? All das interessiert junge Menschen in Mecklenburg-Vorpommern – und zwar so, dass sie mit ihren Forschungsprojekten zu Landessiegern im Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten 2016/2017 gekürt worden sind. Im Reformationsjahr ging es diesmal um das Thema „Gott und die Welt – Religion macht Geschichte“. Am 10. Oktober fand die Preisverleihung im neuen Plenarsaal des Schweriner Schlosses statt.

Der moderne Sitzungssaal des Landtages bot einen würdigen und feierlichen Rahmen für die Ehrung der Projektteams aus Wismar, Röbel, Rostock und Neubrandenburg. „Wir freuen uns sehr, dass wir als erste mit einer Jugendveranstaltung diesen wunderbaren Raum nutzen dürfen“, sagte Dr. Stephanie Kowitz-Harms, die die Preisverleihung für die Körber-Stiftung moderierte. Zum Auftakt fragte sie Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp und Bildungsministerin Birgit Hesse, wozu sie wohl geforscht hätten, wenn sie noch zur Schule gehen würden. Die Antworten: Beate Schlupp würde zu ihrem ehemaligen Kindergarten in Neustrelitz forschen, einer katholischen Einrichtung, die es auch heute noch gibt. Damals sei der Kindergarten aus dem Westen finanziell unterstützt worden und nach der Wende unter der Bauaufsicht der sehr energischen Schwestern saniert worden. Birgit Hesse würde sich mit dem Wandel der Kirche beschäftigen. Sie sei zwar nicht mehr Mitglied der katholischen Kirche, sei aber von Nonnen mit erzogen worden.



Vizepräsidentin Beate Schlupp erzählte, dass sie zur katholischen Kita aus ihren Kindertagen forschen würde.



Marie Düwel (l.) und Luisa Dallmeyer sind stolz, dass sie mit ihrem Team vom Gerhart-Hauptmann-Gymnasium Wismar zu den Preisträgern zählen.

Die in diesem Jahr eingegangenen Projekte aus Mecklenburg-Vorpommern waren besonders vielfältig und kreativ, lobte Vizepräsidentin Beate Schlupp. Das Thema des Wettbewerbs „Gott und die Welt. Religion macht Geschichte“ hätte sie als schwierig empfunden. Umso erstaunter sei sie, wie interessant die Projekte seien und mit welchem Engagement daran gearbeitet worden sei. Sehr beeindruckt sei sie auch von dem großen Einsatz der elf Lehrerinnen und Lehrer, die die Projekte betreut hätten. Ihnen galt auch ein besonderer Dank der Bildungsministerin.

Bundesweit nahmen mehr als 5.000 Jugendliche am Wettbewerb teil, darunter

*Die „Yellow Soggs“ des Goethe-Gymnasiums Schwerin sorgten für die musikalische Umrahmung.*







Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp und Bildungsministerin Birgit Hesse (Mitte) freuen sich mit den Landessiegern des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten.

Foto: Körber-Stiftung/Claudia Höhne

149 Schülerinnen und Schüler aus M-V. Die historischen Spurensucher haben sich dabei auf vielfältige Weise mit dem Einfluss und Wirken von Glauben und Religion auf das Zusammenleben der Menschen beschäftigt und dazu oftmals Zeitzeugen in der eigenen Familie befragt. Viele setzten sich mit der Rolle der Kirche und Bedeutung des Glaubens während der NS-Zeit auseinander. Formen des christlichen Widerstands und kirchlicher Antisemitismus waren dabei gleichermaßen Thema. Anlässlich des bevorstehenden Reformationsjubiläums nahmen viele der Teilnehmenden auch das Wirken Martin Luthers und der Reformationsbewegung in den Blick. Ausgehend von der historischen Analyse wird in vielen Arbeiten der Bogen in die Gegenwart geschlagen. „Die Schülerinnen und Schüler plädieren dafür, Respekt und Toleranz gegenüber den verschiedenen Glaubensgemeinschaften und Religionen zu üben als Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben“, so Sven Tetzlaff, Leiter des Bereichs Bildung der Körber-Stiftung. Rund 40 Prozent der Schüler haben in Archiven recherchiert. „Dass junge

Leute beim Geschichtswettbewerb Original-Dokumente sichten und auswerten wollen, ist gerade in Zeiten von »Fake-News« eine gute Botschaft. Die Fähigkeit, sich ein eigenes Bild der Vergangenheit auf der Basis von Erstinformationen machen zu können, wird zunehmend wichtiger“, so Tetzlaff. Neben schriftlichen Beiträgen haben die Jugendlichen ihre Forschungsergebnisse auch in Audio- und Video-Formaten, Ausstellungen oder anderen kreativen Formen eingereicht. Das prämierte Projektteam von der CJD Christophorschule Rostock beispielsweise hat eine Actionbound – eine virtuelle Schnitzeljagd mit dem Smartphone – zur Reformation in Rostock erstellt.

Die vier Siegerprojekte in Mecklenburg-Vorpommern kommen von Schülerinnen und Schülern des Albert-Einstein-Gymnasiums Neubrandenburg, der Christophorschule Rostock, der Werkstattschule Rostock und des Gerhart-Hauptmann-Gymnasiums Wismar. Die Förderpreise gingen an eine 4. Klasse der Grundschule Röbel und an eine 9. bzw. 10. Klasse der Werkstattschule

Rostock. Zudem wurde die Werkstattschule auch in diesem Jahr wieder als Landesbeste Schule ausgezeichnet. Die Landespreisträger haben nun die Chance, bei der zentralen Preisverleihung im Schloss Bellevue vom Bundespräsidenten persönlich geehrt zu werden.

### Über den Geschichtswettbewerb

Seit 1973 richten die Hamburger Körber-Stiftung und das Bundespräsidialamt den Geschichtswettbewerb aus, der auf eine gemeinsame Initiative des damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann und des Stifters Kurt A. Körber zurückgeht. Ziel ist es, bei Kindern und Jugendlichen das Interesse für die eigene Geschichte zu wecken, Selbstständigkeit zu fördern und Verantwortungsbewusstsein zu stärken. Ausgeschrieben wird der mit bislang über 141.000 Teilnehmern und rund 31.500 Projekten größte historische Forschungswettbewerb für junge Menschen in Deutschland in einem zweijährigen Turnus und zu wechselnden Themen.





◀ Ehrengast und Festredner der feierlichen Plenarsaal-Eröffnung war Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert, der sich auch in das Gästebuch des Landtages eintrug. In seiner Rede nannte er den bisherigen Plenarsaal „die bescheidenste Unterkunft“ für ein Parlament, die er je gesehen habe, und würdigte den neuen Sitzungssaal mit folgenden Worten: „Hier ist mit einem sehr bescheidenen Aufwand ein sehr beachtliches Ergebnis erzielt worden.“



◀ Am Rande der Septembersitzung des Landtages überreichte Vizepräsidentin Beate Schlupp symbolisch Spenden-Schecks an den Verein Wittenfördener Herzkissen e.V. (500 Euro), das Schweriner Projekt „Frauen in Not – Frauenhaus“ (3.100 Euro) und die landesweite Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ (4.190 Euro). Es handelte sich um die Einnahmen aus dem Wertmarkenverkauf und der Tombola beim Sommerfest des Landtages. Traditionell werden die Erlöse von Sommer- und Weihnachtsfest gemeinnützigen Zwecken gespendet. Das Präsidium des Landtages entscheidet über die Vergabe.

An Bäumen bei der Siegelsäule vor dem Schweriner Schloss fallen bunte Kokons aus Textilien, Kunststoff, Zeitungspapier und Draht ins Auge. Die „Casulos“ des mosambikanischen Künstlers Jorge Dias gehören zum Kunstprojekt „Madgermanes/Mystery Of Foreign Affairs“ des Kunstvereins für Mecklenburg und Schwerin e. V. Als „Madgermanes“ bezeichnen sich die ehemaligen Vertragsarbeiter aus Mosambik, die zwischen 1979 und 1991 in der DDR lebten und arbeiteten. Der Untertitel „Mystery Of Foreign Affairs“ deutet die Ambivalenz ostdeutscher Außenpolitik seit Ende der 1970er-Jahre an. Das Projekt lässt sich auch als ein Beitrag verstehen, diese Geschichte in Form von Ausstellungen und künstlerischen Arbeiten im öffentlichen Raum in Schwerin und 2018 in Maputo zu thematisieren.

